

Einleitung: Was heißt und zu welchem Ende studiert man Europastudien?

Timm Beichelt, Božena Chohuj, Gerard Rowe, Hans-Jürgen Wäger und Thekla Lange

1 Europawissenschaft und Integrationsforschung zwischen mono- und multidisziplinären Ansprüchen

Der Begriff "Europastudien" bezeichnet allgemein Forschung und Lehre im Hinblick auf den geographisch eingegrenzten Gegenstand "Europa", so wie es Afrikastudien und Lateinamerikastudien gibt. Verwendet wird der Begriff jedoch meist nur dann, wenn es um Prozesse der europäischen Integration in politischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht geht. Europastudien sind daher weniger das, was im Englischen *area studies* genannt wird. Sie konzentrieren sich vielmehr auf die Herausbildung eines Integrationsraums und damit historisch auf die Zeit nach dem zweiten dreißigjährigen Krieg 1914-45, der Europa in einem Zustand der Verwüstung und Desorientierung hinterlassen hatte. Gab es in den ersten vierzig Jahren dieser Periode konkurrierende Integrationsprojekte – politisch Ost und West, militärisch NATO und Warschauer Pakt, ökonomisch EWG, EFTA und RgW – so scheint sich im Laufe der Zeit nur eines, das Projekt der Europäischen Union, erfolgreich durchgesetzt zu haben.

Europastudien im engen Sinn haben deshalb die Europäische Union zum Gegenstand und sind in der Regel politik-, rechts- oder wirtschaftswissenschaftlich geprägt bzw. bestehen aus multidisziplinären Verbindungen dieser drei Lehr- und Forschungsgebiete. Das Integrationsprojekt ist allerdings äußerst dynamisch: Schon die Entwicklung vom Europa der Sechs zum Europa der Sieben- undzwanzig macht das deutlich. Deshalb umfasst der potentielle Integrationsraum praktisch den gesamten europäischen Kontinent – geographisch eher ein willkürliches Gebilde – und erlaubt den Europastudien die Beschäftigung mit Geschichte, Wirtschaft, Politik, Recht und Kultur des alten Kontinents.

Mit Blick auf die soziologische Unterteilung der Gesellschaft in die Subsysteme des Rechts, der Wirtschaft, der Politik und der Kultur (Luhmann 1981; Parsons 1991 (1951)) liegen indes zwei begrifflich-methodische Spezifizierungen und Präzisierungen nahe. Erstens sind Europastudien im weiten Wortsinn den Sozialwissenschaften zuzurechnen; denn im Rahmen der geographischen Begrenzung werden vieldimensionale gesellschaftliche Prozesse betrachtet.

Zweitens erzwingt die umfassende Betrachtung gesellschaftlicher Entwicklungen in Europa die Miteinbeziehung des Kulturellen: Soziales Handeln bezieht sich neben sozialen und physischen auch auf kulturelle Objekte, die sich in symbolischen Elementen wie kulturellen Traditionen, Ideen oder Glaubensmustern niederschlagen. Sie befinden sich durch die umfassende Europäisierung in den anderen Subsystemen in einer ähnlich starken Entwicklungsdynamik wie Politik, Recht und Wirtschaft. Die soziologische Systemtheorie betont allerdings die Eigengesetzlichkeit der einzelnen gesellschaftlichen Subsysteme. Das erfordert erst einmal strikt disziplinäre Ansätze von Forschung und Lehre. Die Interdependenz der Subsysteme erweist sich dann häufig im Historischen: ein geschichtswissenschaftliches Herangehen an das Phänomen Europa ist neben dem sozialwissenschaftlichen unumgänglich.

Der Werdegang der Europa-Studien findet eine erhellende Entsprechung in der allgemeinen Entwicklung der Sozialwissenschaften, wie sie Rickert in Abgrenzung von den Naturwissenschaften unter den Begriff der historischen Kulturwissenschaften subsummiert hat. In der Tradition der europäischen Universität beziehen sich Forschung und Lehre auf wissenschaftliche Einzeldisziplinen. Allerdings war der im 18. und 19. Jahrhundert der an den Universitäten gelehrt Fächerkanon recht klein. Auf das soziale Leben und dessen Verbindung mit dem Staat ausgerichtet waren Philosophie, Staats- und Geschichtswissenschaft, Ökonomie und Geographie. Der etablierte Fächerkanon taugte indes mitunter wenig zur Einordnung des wissenschaftlichen Arbeitens. Das Wirken von Adam Smith vereinte Wirtschaftswissenschaft und Moralphilosophie, Hegels Philosophie bezog die Staatswissenschaft mit ein, Durkheims soziologische Schriften umfassten auch Psychologie und Medizin, womit sogar die Grenzen zu den Naturwissenschaften überschritten wurden. Wie im deutschen Raum vielleicht am besten an Karl Jaspers Schriften von der "Psychologie der Weltanschauungen" (Jaspers 1985 (1919)) bis zu "Wohin treibt die Bundesrepublik" (1966) zu sehen ist, blieb das Ideal von Gesellschaftsforschung und -lehre bis weit ins 20. Jahrhundert ganzheitlich geprägt.

Spätestens seit Beginn des 20. Jahrhunderts setzte indes eine Entwicklung ein, die sich als "Differenzierung und Professionalisierung" (Rupp/Noetzel 1994: 9) der Wissenschaft charakterisieren lässt. Mit dem sich beschleunigenden technischen Fortschritt, der daraus folgenden gesellschaftlichen Modernisierung, den zunehmenden Freiräumen für reflektierende Tätigkeiten und nicht zuletzt der Neugründung und Ausweitung der Universitäten wuchs das gesellschaftlich verfügbare Wissen exponentiell an. Spekulation oder Common Sense als wissenschaftliche Methoden wurden in dem Maße weniger akzeptiert, wie empirisch abgesichertes und systematisches Wissen vorhanden war. Deduktiv abgeleitete Aussagen mussten sich mit induktiv gewonnenen Hypothesen messen.

Sozial- und gesellschaftswissenschaftliche Aussagen, die sich auf vergleichsweise großräumige Ausschnitte der Realität beziehen sollten, erforderten daher mit wachsendem wissenschaftlichem Fortschritt immer umfassendere Kenntnisse. Früher war der Blick in die Nachbardisziplinen selbstverständlich gewesen. Durkheim hatte bei seiner sozialtheoretischen Studie gewissermaßen nebenbei eine auch in der Medizin interessierende Erklärung über die Ursachen des Selbstmords geschrieben (Durkheim 1993, zuerst 1897). Mit der immensen Ausweitung des Wissens waren solche Husarenstücke später nicht mehr so einfach. Aus dem erhöhten Methodenbewusstsein durch Professionalisierung folgte die fachwissenschaftliche Spezialisierung. Organisatorisch schlug sich dies in der Bildung neuer Disziplinen und Unterdisziplinen nieder. Die Not, die methodischen Standards wenigstens der eigenen Disziplin beherrschen zu müssen, führte am Ende der Entwicklung zu den berühmten "Bindestrich-Soziologien". In der Nationalökonomie nahm die Entwicklung einen ähnlichen Verlauf. Auf sicherem Terrain konnte sich nur bewegen, wer sozialwissenschaftliche Gegenstände möglichst eingrenzte und eine Scheidung der abzubildenden Realität in abhängige und unabhängige Variablen zu Wege bringen konnte. Gute Sozialwissenschaft hatte sich zu begrenzen, um methodisch weniger angreifbar zu werden.

Bei vielen Gegenständen der Sozialwissenschaft führt eine immer stärkere disziplinäre Ausrichtung allerdings in eine Sackgasse der Verengung des wissenschaftlichen Verstehens- und Erklärungsanspruchs, wenn die methodischen Prämissen entscheidend für die Formulierung von Fragestellungen werden (vgl. Ragin 1987: vii; ähnlich Beyme 1991: 72). In aller Kürze ist so eines der grundlegenden Dilemmata der Sozialwissenschaften skizziert: Einerseits unterliegen wissenschaftliche Werke, die weiträumige Teile der (sozialen) Wirklichkeit zu verstehen oder erklären versuchen, der Gefahr des methodischen Dilettantismus. Überdehnte Wissensansprüche münden dann in Hypothesen, die bei hellerem Lichte betrachtet nicht zu halten sind. Andererseits drohen auch bei einer zu starken Beschränkung auf methodisch gesichertes Terrain Gefahren. Nicht nur können Sozialwissenschaftler in den Bann ihrer Modellwelt geraten, in denen sozialwissenschaftlich geprägte Denkstrukturen wichtiger werden als der Zuschnitt der eigentlich zu verstehenden oder zu erklärenden Realität. Auch legen die einzelnen Schritte des wissenschaftlichen Fortschritts Spuren, die immer weiter in den Bereich der Kleinkrämerei führen.

Der Gang der Europawissenschaft, und das ist nun der Angelpunkt der Konzeption des vorliegenden Bandes, folgte einer ähnlichen Laufbahn wie die allgemeine Sozialwissenschaft. Am Anfang standen weiträumige, den europäischen Einigungsprozess in seiner Breite skizzierende Werke. Die Ausdifferenzierung der europäischen Integration, aber nicht zuletzt auch die Professionalisierung ihrer Erforschung förderten dann über einen Zeitraum von mehreren Jahr-

zehnten die Vertiefung alter und die Entwicklung neuer Wissenschaftsdisziplinen. Dabei entwickelte man notwendigerweise Terminologien und Austauschcodes, die vom allgemeinen Publikum jenseits der Europawissenschaft kaum noch aufgenommen wurden, obwohl sie unter den Eingeweihten durchaus für bedeutende Fortschritte stehen (exemplarisch siehe Bach 2000; Christiansen/Jorgensen/Wiener 2001; Cowles/Caporaso/Risse 2001).

Das Aufkommen der universitären Europastudien, d.h. der in integrierter Form in die Lehre überführten Europaforschung, ist in diesem Kontext als der Versuch anzusehen, der Entwicklung in die disziplinäre Segmentierung entgegenzuwirken. In der allgemeinen Sozialwissenschaft gibt es seit einiger Zeit Bemühungen, über die Re-Integration der binnenorientierten Einzeldisziplinen die allzu starke Differenzierung zu überwinden (Mittelstraß 1989). Ein Ergebnis dieser Versuche sind kulturwissenschaftliche Institute und Fakultäten, wie sie in den letzten Jahren entstanden sind (vgl. Hartmut Böhme 2000; Kittsteiner 2004). In analoger Weise haben es sich die Europastudien zur Aufgabe gemacht, Ergebnisse disziplinär geformten Wissens aufzunehmen und als integrierten Lehrinhalt zu vermitteln.

Am Anfang der Integrationswissenschaft stand, genau wie am Beginn der europäischen Integration, die Frage nach der Verhinderung eines erneuten Krieges auf europäischem Boden. Das mit der westfälischen Ordnung von 1648 entstandene und vom Wiener Kongress im Jahre 1815 erneuerte Prinzip des Gleichgewichts europäischer Mächte war mit dem zweiten dreißigjährigen Krieg in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zusammengebrochen. Idealistische Ansätze von Immanuel Kants Friedensbund (Kant 1984) über Woodrow Wilsons Völkerbunds-idee bis zu Graf Coudenhove-Kalergis pan-europäischen Plänen (vgl. Niess 2001) hatten sich nicht durchsetzen können, da ihnen die Unterstützung der Regierungen in Europa und darüber hinaus fehlte.

Mit David Mitrany's "A Working Peace System" (Mitrany 1943) wurde noch während des Zweiten Weltkriegs ein Tableau entworfen, das völkerrechtliche, politisch-institutionelle und wirtschaftliche Integrations-schritte vorsah. Staaten sollten nicht mehr wie bei Kant oder Wilson vorrangig nach einer rechtlichen Integration nationalstaatlicher Strukturen streben. Mitrany stützte sich – allerdings mehr implizit als explizit – zusätzlich auf den wirtschaftlichen Liberalismus, der seit Adam Smith im Freihandel das eigentliche Fundament des Friedens gesehen hatte. Starke Nationalstaaten, und davon gab es mit den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs in der Mitte des 20. Jahrhunderts einige, würden bei aller Wirkungsmacht internationaler Organisationen stets auch mit einem Blick nach dem politischen Gleichgewicht schielen. Den eigentlichen Nutzen der zwischenstaatlichen Kooperation würden ihre Führer erst durch den zu erwartenden Wohlfahrtseffekt wirtschaftlicher Integration erfahren. Geschichtswissen-

schaft, Ökonomie, Politikwissenschaft und Völkerrecht griffen bei Mitrany ineinander: das Ensemble steht am Beginn der modernen Integrationswissenschaft. Für Mitrany war es im Übrigen selbstverständlich, die Integration Europas in einem globalen Kontext zu sehen.

Später bedurften Mitrany's Thesen jedoch der Qualifizierung. Die Verbindung von Völkerrecht, europäischem Recht und nationalstaatlichem Recht musste präzisiert werden (siehe z.B. Weiler 1981). Die bei Mitrany unterstellten Wohlfahrtsgewinne durch wirtschaftliche Integration wurden durch die Abschottung des europäischen Marktes gegen den Rest der Welt teilweise wieder aufgehoben. Eine regional beschränkte Integration hat nicht nur handelschaffende, sondern auch handelsumlenkende Effekte (Viner 1950). Und die zentrale Hohe Behörde, die die europäischen Gründungsväter in Anlehnung nicht zuletzt an Mitrany für die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl geschaffen hatten, konnte nur durch die Einbindung in ein vielgliedriges "Mehrebenensystem" die ihr zgedachte Rolle erfüllen (siehe Zürn 1996).

Mit der fortschreitenden politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Integration vollzog sich somit die Professionalisierung der Europawissenschaft. Am Beispiel der Politikwissenschaft lässt sich zeigen, wie sich die relevanten akademischen Fächer dabei im Sinne einer disziplinären Vertiefung entwickelt haben. Nachdem das funktionalistische bzw. neofunktionalistische Vermächtnis von Mitrany und Ernst Haas (1968) verklungen waren, setzte die Spezialisierung ein. Das Studium der europäischen Politik wurde im Folgenden im Rahmen einer Subdisziplin der Politikwissenschaft, der Internationalen Beziehungen, untersucht. Das lag vor allem daran, dass die ersten Jahrzehnte des europäischen Integrationsprozesses zwar erstaunliche Ergebnisse bei der Überwindung alter Feindschaften zwischen den europäischen Staaten brachte, in globaler Perspektive jedoch lediglich als Sonderfall regionaler Integrationsbündnisse galt. Im Prinzip, so die Lehre der Internationalen Beziehungen, handelte es sich bei der EG um eine internationale Organisation wie viele andere.

Im Gleichschritt mit den Entwicklung der politischen Integration vollzog sich auch eine Wandlung der EG/EU-Forschung. Zum einen wuchs der Gegenstand der europäischen Integration stetig an, zum anderen wurden immer mehr Bereiche des politischen Lebens in West-, Süd- und Nordeuropa von der europäischen Ebene erfasst. Dies bedeutete, dass die politikwissenschaftliche Verankerung im Bereich der Internationalen Politik nach und nach aufgebrochen werden musste. Zwar verfügen die Nationalstaaten der EU bis heute über den Status völkerrechtlich eigenständiger Subjekte. Insofern hat die Behandlung der EU im Paradigma der Internationalen Politik durchaus ihren Sinn. Zunehmend öffnet sich jedoch die Subdisziplin der Vergleichenden Regierungslehre der europäischen Ebene (Schmidt 2002). Bisweilen wird sie sogar als der am besten geeig-

nete Ansatz zum Verständnis der EU-Politik angesehen (Hix 1994). In den letzten Jahren werden in der Politikwissenschaft Konzepte diskutiert, die traditionell aus der auf den Nationalstaat gerichteten Forschung kommen: die Legitimität der EU und ihrer Institutionen, die Ausformung der europäischen Parteienlandschaft, die Umsetzung und die Ergebnisse europäischer Rechtsakte.

Eine solche eigene, Europa-bedingte disziplinäre Entwicklung treffen wir in der Rechtswissenschaft in noch klareren Konturen an. Gab es bis zur europäischen Integration das nationale Recht und das Völkerrecht, so ist mit der Herausbildung einer rechtssetzenden Autorität der Gemeinschaft auf einer neuen Ebene das europäische Recht entstanden. Europarecht wurde zu einer eigenständigen rechtswissenschaftlichen Disziplin, die durch die Aufnahme in den Prüfungskanon des deutschen juristischen Staatsexamens gleichsam ihren Ritterschlag erhalten hat. Vergleichbares ist in den Wirtschaftswissenschaften nicht zu finden. Aus gutem Grund: der Kern der Theorie, die Mikroökonomie, ist individualwissenschaftlich, ihre Erweiterung in der Makroökonomie auf einen beliebigen, politisch abgegrenzten Raum bezogen. Die Tatsache, dass die nationalen Systeme miteinander kommunizieren, reflektiert spätestens seit David Ricardo die Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Regionale Integration fügt dem kein wesentlich neues theoretisches Puzzle hinzu. Europäische Integration als Lehrfach in der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung ist eine Anwendung der drei genannten Theorieansätze auf diesen Spezialfall der räumlichen Integration. Und damit hat sie sich mit der europäischen Wirtschaftspolitik zu befassen; ein weites Feld, das durch seine eigenen Institutionen gekennzeichnet ist, für das jedoch grundsätzlich die gleichen theoretischen Ansätze gelten. Mögen der gemeinsame Markt und die Wirtschafts- und Währungsunion auch die folgenreichsten Elemente des Integrationsprojekts sein, sie haben in der Wissenschaft der Ökonomie im Vergleich zu Politik- und Rechtswissenschaft die geringsten Spuren hinterlassen.

Sicher wäre es ungerecht, allen bisher zitierten fachwissenschaftlichen Ansätzen eine verengte monodisziplinäre Perspektive vorzuwerfen. Wie am Beispiel Mitranys gesehen gehört der Blick auf Nachbardisziplinen zum alltäglichen Handwerk der Europawissenschaft. Querverweise mit transdisziplinärer Richtung lassen sich bis heute in vielen fachwissenschaftlichen Werken der Integrationsforschung finden. Dennoch halten wir es insgesamt für gerechtfertigt, für die Europaforschung insgesamt eine disziplinäre Spezialisierung zu diagnostizieren. Dafür ist nicht zuletzt die Organisationform von Europawissenschaft in etablierten Wissenschaftsdisziplinen verantwortlich. Folglich müssen sich Europaforscher an den methodischen Weiterentwicklungen innerhalb ihrer Disziplinen orientieren, um im Rahmen ihrer Anwendungsgebiete nicht den binnendisziplinären Anschluss zu verlieren.

Die allgemeine Sozialwissenschaft hat diesen Prozess mit gesamtgesellschaftlichem Bedeutungsverlust bezahlt. Die Autorität, die ein ganzheitlich argumentierender Wissenschaftler wie Karl Jaspers noch entfalten konnte, geht heutigen Sozialwissenschaftlern ab. Darin mag man auch eine gewisse, durchaus angebrachte Bescheidenheit sehen. Der Vergleich des berühmten Bandes 1000 zur "Geistigen Situation der Zeit" der alten Sammlung Göschen (Jaspers 1979 (1932)) mit dem Band 1000 der edition suhrkamp (Habermas 1979) macht das deutlich: "Was sich Jaspers damals noch zugetraut hat, hätte einen Anspruch bedeutet, der heute nicht mehr seriös eingelöst werden kann", schreibt Habermas (ebd.: 10) in seiner Einleitung, selbst nicht von den 32 kompetenten Autoren der zwei Bände. Man erklärt die Welt nicht mehr aus einem Guss, man bietet "Stichworte" zu ihrem Verstehen an.

Die Europawissenschaft hat die Konsequenzen der disziplinären Vereinzelung bislang noch nicht in sehr starkem Maße tragen müssen. Das liegt hauptsächlich daran, dass sich im Zuge der europäischen Integration auf verschiedenen Ebenen eine gesellschaftliche Dynamik ergeben hat, für deren Verstehen multidisziplinäre Kenntnisse des Europäisierungsprozesses unabdingbar sind. In Brüssel entstand eine europäische Bürokratie mit einem Umfeld von gesellschaftlichen und nationalstaatlichen Interessen. In den Nationalstaaten selbst änderten sich die Bedingungen von Gesetzesformulierung und Rechtsumsetzung. Viele Probleme lassen sich nur noch im europäischen Kontext behandeln, kaum aber ausschließlich innerhalb des gewachsenen nationalen Raums.

Die Steuerung dieser Entwicklungen und die Partizipation daran erfordert in immer zunehmendem Maße Wissen über die politische, rechtliche und wirtschaftliche Verfasstheit Europas. Die beteiligten Akteure – Politiker, Verwaltungsangestellte, Interessenvertreter, Journalisten, etc. – müssen bei ihren Tätigkeiten die Vieldimensionalität der europäischen Integration zur Kenntnis nehmen und können nicht an den Grenzen wissenschaftlicher Einzeldisziplinen halt machen. Auch benötigen sie neuartige Sprachcodes zur gegenseitigen Verständigung. Allerdings dürfen die Codes gerade nicht disziplinär genormt sein, da Politik, Wirtschaft, Recht und die dazugehörigen Wissenschaften den Integrationsprozess gleichermaßen geformt haben. Kurz, es besteht hoher Bedarf an einer multidisziplinär orientierten Wissensvermittlung jenseits fachdisziplinärer Debatten.

Es ist dieser Bedarf, welcher das Aufkommen der Europastudien begründet, das in den letzten Jahren an deutschen und europäischen Universitäten zu beobachten ist. Er scheidet die Europastudien von der Europaforschung oder der Integrationswissenschaft, die meistens disziplinär stattfindet und ihrerseits notwendig ist, um die fortschreitende Integration in den gesellschaftlichen Subsystemen von Kultur, Politik, Recht und Wirtschaft zu verstehen und zu erklären.

Die Europaforschung ist der Wissenssuche verpflichtet, während bei den Europastudien die Vermittlung des erworbenen Wissens im Mittelpunkt steht. Die Unterscheidung stimmt aber nur in ihrer Tendenz, denn auch die Europastudien erbringen eigene wissensvermehrnde Leistungen. Erstens kann eine multidisziplinär informierte Wissenschaft besser die unterschiedlichen Sprach- und Wissenscodes der Einzeldisziplinen aufeinander beziehen und für die Allgemeinheit aufschlüsseln. Zweitens können mitunter erst aus einer übergeordneten Perspektive die Erkenntnisse aus den Teildisziplinen der Europaforschung in Relation zueinander gesetzt werden. Und drittens kann die stärkere Praxisorientierung, die den Europastudien wegen ihrer Ausrichtung auf bestimmte Berufsfelder gegeben ist, die Ergebnisse der Integrationswissenschaft im Hinblick auf ihre Relevanz einordnen.

Aus der unterschiedlichen Schwerpunktsetzung im Hinblick auf Kultur, Politik, Recht und Wirtschaft ergeben sich auch unterschiedlich konfigurierte Ansätze der Wissensvermittlung. Hier hilft ein Blick in die Empirie von Europa-Studiengängen, der nun im nächsten Abschnitt gewagt werden soll. Versteht man Europastudien als Klammer der disziplinären Europaforschung, dann heißt das jedoch nicht, dass sie einem ganzheitlichen inter- oder transdisziplinären Ansatz verpflichtet wären oder einen solchen Anspruch erfüllen könnten. Auch der vorliegende Band kann nicht mehr als Stichworte und Beispiele bieten zu dem, was Europa heute bewegt. Entscheidend für den praktischen Wert ist die Tatsache, dass die Stichworte nicht aus dem Wörterbuch einer einzelnen Fachdisziplin stammen.

2 Europa-Studiengänge - die Rückkehr der multidimensionalen Perspektive

Studiengänge mit dem geographischen Fokus Europa haben in jüngerer Zeit im gesamten europäischen Raum einen starken Aufschwung erfahren. Da es keine oberste Behörde für europäische Bildung und Forschung gibt, lassen sich genaue Informationen nicht leicht finden. Auf einem link der Homepage der Europäischen Kommission findet sich dennoch eine Zusammenstellung, deren Informationen sich mit weiteren im Internet zu findenden Listen kombinieren lassen.¹ Insgesamt sind wir über diese Listen und weitere Recherchen auf eine Zahl von 305 Studiengängen mit Europa-Bezug in Ländern der Europäischen Union gekommen (Tabelle 1, siehe ausführliche Dokumentation im Anhang).

¹ http://europa.eu.int/comm/education/programmes/ajm/3cycle/index_en.html, <http://www.icp-ajm.org/postgraduates/ajm.asp>, <http://sfeuropa.swiss-science.ch>.

Tabelle 1: Europa-Studiengänge in Europa und ihre nationalen Merkmale

Land	Anzahl	Als Anteil der Programme pro Land (in %)				Dauer (in Jahren) ²
		Interdisziplinarität ³	Disziplinarität ⁴	Gebühren ⁵	Mehrsprachigkeit ⁶	
Belgien	14	5	9	6	8 (+ 4 E)	14 x 1
Dänemark	3	1	2	1	Keine (alle E)	2 x 1 1 x 2
Deutschland	38	17	21	15	23 (+ 4 E)	18 x 1 4 x 1½ 16 x 2
Finnland	2	1	1	0	Keine (alle E)	2 x 1
Frankreich	62	16	46	7	8	47 x 1 14 x 2 1 x 3
Griechenland	4	0	4	0	3	2 x 1 2 x 2
Großbritannien	91	27	64	91	3	90 x 1 1 x 2
Irland	6	3	3	6	Keine	6 x 1
Italien	18	10	8	13	7 (+ 2 E)	16 x 1 2 x 2
Lettland	1	0	1	0	Keine (alle E)	1 x 1
Litauen	3	1	2	2	3	3 x 2
Malta	2	1	1	0	Keine (alle E)	2 x 1
Niederlande	12	5	7	2	Keine (alle E)	11 x 1 1 x 2
Österreich	4	2	2	4	1	2 x 1 1 x 1½ 1 x 2
Polen	21	14	7	2 (+ 3 E)	2	14 x 1 3 x 2 4 x 5
Portugal	2	1	1	0	0	2 x 2
Schweden	3	2	1	0	Keine (alle E)	3 x 1
Slowenien	2	0	2	2	Keine (1 E)	2 x 1
Spanien	12	7	5	5	3	8 x 1 1 x 1½

² Die Dauer des Studiums wird in Halbjahresschritte auf- und abgerundet; z.B. 10 Monate = 1 Jahr.

³ Anteil interdisziplinärer Programme. Als interdisziplinär werden Studiengänge bezeichnet, wenn sie mehr als drei Fachdisziplinen umfassen. Die Mehrzahl der hier aufgeführten Studiengänge kombiniert Politik-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Anteile. Teilweise wird diese Kombination ergänzt durch Module beispielsweise aus den Disziplinen Geschichte, Soziologie oder Philosophie.

⁴ Anteil von Programmen mit einem disziplinären Schwerpunkt.

⁵ Anteil von Programmen mit mehr als €2.000 Gebühren. Bei vielen Programmen finden sich keine oder widersprüchliche Angaben zu den Gebühren. "Mit Gebühren" aufgeführt werden nur Programme, wo dies eindeutig festzustellen war.

⁶ Anteil mehrsprachiger Programme (fremdsprachige Programme aus der Perspektive der jeweiligen Landessprache; E steht für Englisch).

						3 x 2
Tschechische Republik	4	1	3	2	Keine (3 E)	2 x 1 2x 2
Ungarn	1	1	0	1	Keine (alle E)	1 x 1

Jede Statistik ist problematisch, diese Zusammenstellung der Europa-Studiengänge ist es erst recht. Fast alle Studierenden der Europastudien befinden sich in Studienprogrammen, die innerhalb der letzten zehn Jahre aufgelegt wurden. Die Dynamik des europäischen Integrationsprozesses dauert nach wie vor an, was die ständige Neueröffnung, Umwidmung und Schließung von europabezogenen Studiengängen nach sich zieht. Zudem schreibt der sogenannte Bologna-Prozess – benannt nach dem Tagungsort einer Sitzung der EU-Bildungsminister im Juni 1999⁷ – die Umstellung aller EU-Hochschulsysteme auf die konsekutive Studienstruktur Bachelor/Master vor. Den europäischen Hochschulen und Fakultäten gibt dies ganz unabhängig vom Gegenstand der europäischen Integration die Chance, ihre Ausbildungsangebote stärker an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes auszurichten. Zudem kann die Vollständigkeit der drei zugrunde liegenden Homepages (siehe Fußnote 1) nicht überprüft werden, denn die Internetpräsenz universitärer Bildungsangebote in der EU ist generell höchst unterschiedlich ausgeprägt. Die Informationen in Tabelle 1 geben daher nur einen sehr groben Überblick.

Trotz der Unsicherheit bezüglich der Daten lassen sich auf dieser Grundlage einige wichtige Tendenzen aufzeigen. Zunächst hängt die Anzahl der Programmen in recht geringem Maße von der Größe eines Landes ab. Die meisten Programme (nach unserer Zählung 91) finden sich in Großbritannien, wo die Gebührenpflicht und der vergleichsweise geringe Anteil staatlicher Hochschulfinanzierung schon sehr viel früher als in den meisten übrigen Staaten dazu geführt hat, dass bei der Entwicklung an sich wissenschaftlicher Studienprogramme der europäische Arbeitsmarkt – europäische Institutionen, europäischer Lobbyismus, europäischer Wirtschaftsraum, etc. – im Auge behalten wurde. Demzufolge sind auch alle Europaprogramme an britischen Universitäten gebührenpflichtig und dauern (bis auf eine Ausnahme) lediglich ein Jahr. Wegen ihrer Flexibilität sind die Programme trotz der zum Teil hohen Gebühren auch für Bildungsausländer interessant. Die britischen Universitäten nehmen in hoher Anzahl Studierende aus dem europäischen und nichteuropäischen Ausland auf. Ja, man gewinnt den Eindruck, dass sie die primäre Zielgruppe der Programme sind. Allein schon, um die Sprachkenntnisse zu verbessern, macht es auch Sinn, ein Jahr in Großbritannien zu studieren.

⁷ Siehe http://www.bmbwk.gv.at/medienpool/6816/bologna_dt.pdf.

In Frankreich existieren mit der Zahl von 62 weniger Europa-Programme als im bevölkerungsgleichen Großbritannien. Außer an den *Grandes Écoles*, etwa der Hochschule Institut d'Études Politiques in Paris, ist der Anteil von Nichtfranzosen eher gering. Wie in Großbritannien sind die Programme in Frankreich in ihrer Mehrheit disziplinär ausgerichtet.⁸ Dabei überwiegt ganz deutlich die Rechtswissenschaft, die sich in der juristischen Ausbildung generell viel stärker als in den meisten übrigen EU-Staaten nicht nur auf die nationalstaatliche Rechtsordnung, sondern auch auf das europäische Rechtsgefüge bezieht. Hier spielt sicher auch das Übergewicht eine Rolle, das frankophone Juristen in den Gemeinschaftsinstitutionen hatten und am Europäischen Gerichtshof nach wie vor haben.

Demgegenüber findet in der Bundesrepublik Deutschland (38) und in Italien (18), den beiden anderen großen EU-Ländern, die Ausbildung von späteren EU-Bediensteten und anderen Praktikern der europäischen Integration in viel stärkerem Maße in "regulären", d.h. in der Regel auf den Nationalstaat gerichteten Ausbildungsprogrammen statt. Vielleicht ist dies einer der Gründe für die nach wie vor tendenzielle Unterrepräsentation dieser Länder in den Rängen der Brüsseler Verwaltung. Die Aufnahme in das europäische Verwaltungskorps geschieht in aller Regel über gemeinschaftliche *Concours*, auf die deutsche und italienische Hochschulen selten, eigentlich gar nicht, gezielt vorbereiten.

Von den übrigen EU-Ländern erscheinen Belgien, die Niederlande, Polen sowie – angesichts der geringen Einwohnerzahl – vielleicht auch Irland als Länder, in denen integrierte Europa-Studiengänge eine relative weite Verbreitung haben. In Belgien und in einigen anderen Ländern fällt auf, dass Mehrsprachigkeit als fester Bestandteil von Europa-Studiengängen anzusehen ist. Häufig bedeutet das aber nur, dass neben der Landessprache Englisch als Unterrichtssprache verwendet wird. In vielen Ländern, darunter natürlich Großbritannien und Irland, wird die Ausbildung ausschließlich in Englisch als der *lingua franca* der Union, angeboten. Auf der anderen Seite bieten Italien (9 von 18), Polen (16 von 21), Spanien (9 von 12) und zwei kleineren Ländern (Portugal, Slowenien) einen guten Teil ihrer Programme nur in der Landessprache an. Die meisten der genannten Länder verfügen auch in der Europa-Forschung nur über eine recht begrenzte Anzahl von Wissenschaftlern, die in einer Fremdsprache und international publizieren (z.B. in wissenschaftlichen Zeitschriften) oder präsent sind (z.B. auf internationalen Konferenzen).

Einer der Gründe für das Insistieren auf der Landessprache in diesen Ländern dürfte darin zu suchen sein, dass der "Einfluss in Europa" eher als gering angesehen wird, weshalb EU-Spezialisten eher Wissen über Europa vermitteln

⁸ Zu unserer spezifischen Verwendung des Attributs der Interdisziplinarität siehe Fußnote 4.

als aktive Einflusskanäle aufzuzeigen. In Polen, dem Land mit der immerhin sechstgrößten Bevölkerung der Gemeinschaft, existiert eine Reihe von wissenschaftlichen Zeitschriften, die regelmäßig Themen der europäischen Integration behandeln (z.B. *Przegląd Europejski*, *Przegląd Politologiczny*). Ihre Autoren und Herausgeber orientieren sich aber in Themensetzung und Thesenbildung überwiegend an der heimischen Öffentlichkeit.

Insgesamt sind also die Europastudien in Europa noch zu einem guten Teil nationalen Gegebenheiten unterworfen. Der Bologna-Prozess hat zumindest bisher nicht dazu geführt, dass auf dem Feld der Europastudien ein genuin europäischer Bildungsmarkt entstanden wäre. Die britischen (und irischen) Universitätsstrukturen wirken dank ihrer größeren organisatorischen Flexibilität (auf Grund größeren finanziellen Drucks), sowie dank der schlecht zu leugnenden Übermacht des Englischen in gewissem Maße als Magnet auf die anderen Bildungsmärkte Europas. Aber die Magnetkraft hat ihre Grenze in den organisatorischen Selbstbeharrungskräften der kontinentalen Universitätsstrukturen einerseits und in der Gewichtung des Themas "Europa" in den nationalen politischen Öffentlichkeiten andererseits.

In kleinen EU-Ländern mit geringem wirtschafts- und außenpolitischem Spielraum wird die Mitgestaltung des gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Raums als alternativlos angesehen. Folglich orientiert man sich an den letztlich extern gegebenen Basisstrukturen Europas und der EU. Die kontinentale staatszentrierte Verwaltungskultur führt zu einem Übergewicht rechtswissenschaftlicher Studiengänge, die Übermacht der englischen Sprache führt zu Programmen, in denen die heimischen Nationalsprache gar nicht mehr verwendet wird. In den baltischen Staaten beispielsweise, wo die Gesamtbevölkerungen geringer sind als diejenige des Großraums Berlin, besteht somit ein faktischer Zwang zur Aussonderung der eigenen Sprachen und Verwaltungskulturen aus den Europa-Studien. In den Bildungssystemen größerer Länder dagegen, in denen die öffentliche Verwaltung territorial umfangreicher ist und wo eine stärkere ökonomische Basis für binnengesellschaftliche Kommunikation besteht, kann man sich auch europaorientierte Lehrprogramme leisten, die sich sowohl auf die nationale wie auch die europäische Sphäre richten.

Im Hinblick auf die Europawissenschaft, also die Forschungsdimension der Europastudien, hat dies einige bedenkenswerte Konsequenzen. Willfried Spohn spricht in seinem abschließenden Beitrag zu diesem Band vom "methodologischen Nationalismus", der die unterschiedlichen wissenschaftlichen Zugänge entlang nationaler Grenzen unterscheidet. Der Blick auf die Empirie von Europa-Studiengängen in der EU verrät, dass diese Nationalismen nicht einfach nur nebeneinander stehen. Ein großer Teil der Ausbildung bezieht sich auf die politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Elemente der innereuropäischen Integra-

tion. Europaforschung und Europalehre zielen auf einen eurozentrierten Binnendiskurs ab und überwinden dadurch die innereuropäischen Grenzen: Im europäischen Bewusstsein wird immer deutlicher, dass neben der nationalstaatlichen Politik die EU-Ebene zu beachten ist, dass der Gemeinsame Markt die Spielräume nationaler Wirtschaftspolitik grundlegend verändert, dass nationales durch europäisches Recht ergänzt wird.

Eine Kehrseite dieser Wissensevolution besteht aber – und hier ist Willfried Spohn wieder Recht zu geben – in der Vernachlässigung der externen, globalen Bedingungen für die europäische Integration. In den von uns betrachteten Programmen der Europastudien spielt dieser Aspekt in der Tat keine große Rolle. Die vorliegenden Ansätze aus der historisch orientierten Sozialwissenschaft (Eisenstadt 1987; Wallerstein 1989) können zwar methodische und allgemein intellektuelle Referenzpunkte bieten. Einen Ersatz für die systematische Aufarbeitung der europäischen Integration im globalen Kontext stellen jedoch auch sie nicht dar.

3 Europastudien in der Bundesrepublik

Wie sieht nun nach diesem Ausflug in die europäische Landschaft der Europa-Studiengänge die Lage in Deutschland aus? Auch hier ist die Datenlage schwierig, weil im Zuge des Bologna-Prozesses stetig neue Programme entwickelt werden. Die Umstrukturierung der Ausbildungsstruktur auf die Abfolge Bachelor/Master ist noch in vollem Gange, und so steht die Entwicklung neuer Masterprogramme an vielen Universitäten auf der Tagesordnung. Die derzeitige Gesamtzahl von 38 Europastudien-Programmen auf Master-Niveau wird also aller Wahrscheinlichkeit nach in den nächsten Jahren noch ansteigen.

Folgt man Parsons' sozialwissenschaftlichen Kategorisierung in die Subsysteme von Gesellschaften, liegt bei den deutschen Europa-Studien der Schwerpunkt auf den ersten Blick auf rechtswissenschaftlich ausgerichteten Programmen. Daran sind, wie ein Blick auf Tabelle 2 zeigt, in der Regel deutsche Traditionsuniversitäten mit großen Juristischen Fakultäten beteiligt. Von insgesamt 21 überwiegend disziplinär ausgerichteten Studiengängen werden 13 durch die Rechtswissenschaft getragen. In den Bereichen der Politik- und Wirtschaftswissenschaften trifft das jeweils nur für vier bzw. zwei Programme zu. Im Bereich der Kultur sind lediglich zwei Programme verortet, ein linguistisch dominiertes Master-Programm an der Universität Freiburg und ein sprach- und kulturwissenschaftliches Programm an der Universität Passau.

Tabelle 2: Inhaltliche Ausrichtung deutscher Europa-Studiengänge

Wichtigste Disziplin	Anzahl der Programme	Ort
Kultur	2	Freiburg, Passau
Politik	4	Chemnitz, HWP Hamburg, Münster, Osnabrück
Recht	13	HU Berlin, Bremen, TU Dresden, Frankfurt a.M., Frankfurt (Oder), Greifswald, Hannover, Hanse Law School, Leipzig, München, Passau, Saarbrücken, Würzburg
Wirtschaft	2	Bamberg, Mainz
Interdisziplinär: ⁹ Politik, Recht, Wirtschaft	10	Aachen (Imprest), Berlin (Europawiss.), Berlin (Euromaster), Bonn, Hochschule Bremen, Hannover, U Hamburg (2x), FH Köln, Tübingen
Interdisziplinär: andere Kombinationen	7	Aachen, Bochum, Bremen, Frankfurt/Oder, Fulda, Göttingen, FH Ludwigsburg/FH Kehl

Dieser erste Eindruck täuscht allerdings darüber hinweg, dass das dominante Charakteristikum der Europa-Studiengänge in der Bundesrepublik die Interdisziplinarität ist. Womöglich sollten wir besser von Multidisziplinarität sprechen. Denn in vielen Europa-Programmen werden einfach Veranstaltungen unterschiedlicher disziplinärer Herkunft nebeneinander gestellt. Die Regel ist dabei eine Kombination der Disziplinen Politik-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaft. Häufig lässt sich bei den Studiengängen die organisatorische Herkunft erkennen, wenn innerhalb multidisziplinärer Programme das potenzielle Lehrangebot eines Fachbereichs deutlich überwiegt. Hier hilft der Blick auf die Homepage der einzelnen Studiengänge, um ihren Charakter zu ergründen.

Eine Beurteilung der Qualität einzelner Studiengänge ist schwierig. Fakultäten werden in der Regel an ihrer wissenschaftlichen Produktivität gemessen. Europawissenschaftliche, d.h. interdisziplinär organisierte Fakultäten gibt es nicht. Die Qualität der Lehre gewinnt allerdings (endlich!) an Bedeutung. Europastudien sind, wie gesagt, eher ein Phänomen der Wissensvermittlung als der Forschung, die vornehmlich im disziplinären Rahmen stattfindet. Eine allgemein

⁹ Hier auch: nur zwei dieser Disziplinen in Kombination, wenn kein disziplinärer Schwerpunkt zu erkennen ist.

gültige oder akzeptierte Evaluation der Lehre gibt es noch nicht. Deshalb enthalten wir uns Aussagen über die Qualität der Studiengängen.

Manche Studiengänge verlangen beträchtliche Studiengebühren, so z.B. (Stand Anfang 2005) Tübingen €2.500,- für einen Master of European Studies, die großen Berliner Universitäten €4.500,- für einen "Euromaster" und €5.000,- für einen MA in European Studies, der als Studiengang der "Europawissenschaften" bezeichnet wird. Bezahlt werden muss auch für die MA-Programme der European Studies in Bonn (€6.500,-), Bremen (€7.900,-) und Hamburg (€3.000,-). Darüber hinaus existieren speziellere Gebührenstudiengänge, so z.B. an der FU Berlin ein MA für East European Studies (€6.900,-), an der HU Berlin ein MLLP German and European Law and Legal Practice (€1.100,-) sowie ein MA of European Law (€3.000,-) an der Universität Saarbrücken.

Von Bedeutung sind die Gebühren in zweierlei Hinsicht. Auf der einen Seite helfen sie, die generelle Praxisferne deutscher Universitäten zu überwinden. Durch die Komplexität der Entscheidungen im europäischen Mehrebenensystem erfordert das Studium der europäischen Integration Insider-Kenntnisse über die konkrete Funktionsweise der beteiligten Institutionen auf den verschiedenen Ebenen. Insider aus der Praxis lehren in der Regel nicht an deutschen Universitäten; sie in einen Hörsaal zu locken, kostet z.T. nicht unbeträchtliche Honorare. Die meisten Studiengänge mit Gebühren sind darüber hinaus mehrsprachig ausgerichtet. Sie bieten daher eine wichtige Ausbildungsgrundlage für die Eingliederung in den EU-Arbeitsmarkt, in dem das Englische gegenüber dem Französischen immer mehr an Bedeutung gewinnt. Insofern stehen Gebühren für Europa-Studiengänge in einem positiven Verhältnis zu deren Praxisorientierung.

Auf der anderen Seite signalisieren die hohen Gebühren mitunter auch eine institutionelle Inflexibilität. Besonders größere Universitäten haben in der Regel innerhalb bestehender Fakultäten, Institute oder Fachbereiche genügend Kapazitäten für die Ausstattung eines Studiengangs. Die hohe Autonomie der Lehrstühle erschwert aber häufig die Konzentration der Ressourcen auf ein gemeinsames Programm. Im Resultat entstehen Studiengänge, die an einzelne oder einige wenige Lehrstühle angebunden sind. Die Studiengebühren dienen dann der Finanzierung grundständiger Lehre, die von den regulären Mitgliedern des Lehrkörpers nicht geleistet werden kann. In solchen Fällen – vor der Aufnahme des Studiums lassen sie sich schwer bestimmen – sind hohe Studiengebühren nicht immer zu rechtfertigen; denn dann könnten gebührenfreie Studiengänge mit breiter institutioneller Basis mindestens vom Prinzip her ein äquivalentes Programm bieten.

Tabelle 3: Europa-Studiengänge auf Master-Niveau in Deutschland¹⁰

Name der Universität	Name des Abschlusses	Disziplinärer Schwerpunkt	Dauer in Jahren	Sprache
RWTH Aachen	MA in Europastudien	Interdisz. (KuWi)	2	D
	International MA Programme in European Studies (Imprest)	Interdisz. ¹¹	1	E+ IT, P, D, Türkisch oder NL
HU Berlin	MLLP German and European Law and Legal Practice	ReWi	2	D
FU Berlin, HU Berlin	MA in European Studies (Euro-master) (EM)	Interdisz.	1	E+D, E, F, S oder IT
FU Berlin, HU Berlin, TU Berlin	MA in European Studies (Europawissenschaften) (MES)	Interdisz.	1	D, E, F
Ruhr-U Bochum	MA of European Culture and Economy	WiWi, KuWi	2	D
U Bremen	MA in European labour studies	Interdisz. (PoWi, ReWi, Soziologie)	1	D, E
	LL.M. Eur. Europäisches und Internationales Recht	ReWi	1	D, E
Hochschule Bremen	MA in European Studies	Interdisz.	1	E
U Bamberg	MA European Economic Studies (EES)	WiWi (VWL)	2	D, E
U Bonn, Zentrum für Eur. Integr.-forschung (ZEI)	MA of European Studies	Interdisz.	1	E
TH Chemnitz	MA Europäische Integration – Schwerpunkt Ostmitteleuropa	PoWi, (SoWi)	2	D
TU Dresden	LLM Europäische Integration “Gemeinsame Wege nach Europa:	ReWi (etwas PoWi und Ge-	1	D, E

¹⁰ Fast alle der hier aufgezählten Studiengänge sind modularisierte MA Studiengänge mit ECTS-System; eine Ausnahme bilden die juristischen LL.M. und LL.M.Eur.-Programme. Die Bezeichnung LL.M. ist nicht geschützt und dient daher höchst unterschiedlichen juristischen Aufbaustudienprogrammen als Abschlusstitel. Hier wurden LL.M.-Programme aufgenommen, sofern sie deutlich erkennbaren inhaltlichen Bezug zum Europäischen Recht aufweisen.

¹¹ Das Attribut "Interdisziplinär" tragen in dieser Tabelle solche Studiengänge, in denen drei oder mehr Disziplinen mit etwa gleichem Gewicht nebeneinander stehen. Handelt es sich hierbei um eine andere als die „klassische“ Kombination von Politik-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, wird dies in Klammern vermerkt.

	Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union	schichte)		
Johann-Wolfgang von Goethe U Frankfurt a.M.	LL.M.Eur. „Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht“	ReWi	1	D
U Viadrina Frankfurt/O	MA European Studies	Interdisz. (+KuWi)	2	D, E
	MA German and Polish Law	ReWi	2	D, PL
U Freiburg	MA European Linguistics	Sprachwissenschaft	2	E, D
FHS Fulda	MA in Intercultural Communication and European Studies (ICEUS)	Interdisz. (PoWi, ReWi, Interkulturelle Kommunikation)	2	D, E
U Göttingen	MA Euroculture	Interdisz. (Geschichte, Philosophie, PoWi, ReWi, Theologie)	1	E, D
U Greifswald	LLM Comparative Law and European Law	ReWi	1½	D,E
U für Wirtschaft und Politik Hamburg (HWP)	MA in European Studies	PoWi	2	D, E
U Hamburg	European MA in Law and Economics	ReWi, WiWi	1	E
U Hamburg,	MA of European Studies	Interdisz.	1	D, E
U Hannover	MA Europäische Integration/ European Studies	Interdisz. (SoWi)	2	D, E
	MLE Europäische Rechtspraxis	ReWi	1½	D
Rheinische FH Köln	LL.M International and European Business Law (berufsbegleitend)	ReWi, WiWi	2	E
Leipzig U	LL.M.Eur. Europäisches Recht	ReWi	2	D
FH Mainz	MA in Applied European Studies	WiWi	1	D, E
Hanse Law School (HLS) (Master of Laws in Comparative and European Law (LL.M.)	ReWi	1	D, E
FH Ludwigsburg, FH Kehl	MA of European Public Administration	Interdisz. (+Verwaltungswissenschaften)	2	D, E, F
München U	LLM. Europäisches und internationales Wirtschaftsrecht	ReWi	1	D, E
Münster U	MA European Studies	PoWi, Verwaltung	1½	D,E,NL
Osnabrück U	MA Europäische Studien “Euro-	PoWi	2	D

	päische Integration und Transformation nationaler politischer Systeme“			
Passau U	MA European Studies	Sprach- und KuWi	2	D
	LL.M. Eur. Europäisches Recht	ReWi	1	D
U des Saarlandes (Saarbrücken),	MA of European Law/„Europäische Integration“	ReWi	1	D, E
Tübingen U	MA of European Studies (MEUS)	Interdisz.	1	D,E,F
Würzburg U	LLM.Eur. Europäisches Recht	ReWi	1½	D

Quellen: siehe Fußnote 1.¹².

Wie schon erwähnt, integrieren nur wenige deutsche Universitäten bei einer interdisziplinären Betrachtung des europäischen Integrationsprozesses den Bereich der Kultur in ihr Lehrprogramm. Lediglich in Aachen, Frankfurt/Oder und Göttingen werden kulturelle Aspekte des Zusammenwachsens mit eigenen Schwerpunkten thematisiert. Im Vergleich zu Großbritannien, wo ein guter Teil der Europa-Studiengänge akademisch ähnlich orientiert ist wie in Deutschland, erscheint die Kultur damit unterrepräsentiert. Dabei handelt es sich in mehrerer Hinsicht um ein Defizit, denn den Europastudien fehlt dann bei ihrem Versuch, fachlich spezialisierte Erkenntnisse zusammenzutragen, eine wichtige Dimension. Politische, rechtliche und wirtschaftliche Institutionen bauen auf kulturellen Voraussetzungen auf.

Nach Clifford Geertz (1995: 9), der sich in diesem Punkt auf Max Weber beruft, sind kulturelle Bedeutungsgewebe "selbstgesponnen" und verfügen über einen nicht zu vernachlässigenden subjektiven Anteil. Wie nun die Bürger verschiedener Gesellschaften Europas die durch die Integration induzierten Veränderungen wahrnehmen, verarbeiten und in soziales Handeln umsetzen, hat eine individuelle Komponente, die kulturell vermittelt ist. Nicht nur auf der Ebene der politischen Kultur, sondern auch bei der Frage nach den konkreten Ergebnissen von Europäisierung sind daher Aspekte zu berücksichtigen, die über die Implementierung normativer Akte hinausgehen. Die kulturelle Seite der europäischen Integration bedeutet damit mehr als nur die Einbeziehung der nationalstaatlichen Geschichtsschreibung, die ihrerseits in vielen deutschen Europastudiengängen stattfindet. Sie erfordert gute Kenntnisse der vielfältigen Normierungen gesellschaftlichen Zusammenlebens in den Gesellschaften Europas. Nicht zuletzt deshalb haben die Herausgeber dieses Buches entschieden, der kulturellen Dimensi-

¹² Zusätzlich können zwei weitere Seiten mit Überblickscharakter für den deutschen Raum genannt werden: <http://www.jurawelt.com/referendare/llm/3353>, <http://www.unimagazin.de/>.

on der europäischen Integration mehr Platz einzuräumen als dies in den meisten Programmen der Europastudien in Deutschland der Fall ist.

4 Die Herausforderung der Europastudien

Das geeinte Europa ist nicht mehr Vision. Es ist ein historisches Faktum. Der Weg dorthin ist anders verlaufen, als es sich die Visionäre der unmittelbaren Nachkriegsjahre vorgestellt hatten – nicht über den Königsweg des politischen Konstitutionalismus, sondern über die Landstraße des ökonomischen Funktionalismus. Für Leser von Marx scheint das selbstverständlich: das europäische Haus ruht auf seiner ökonomischen Basis, und der rechtlich-ideologische Überbau entwickelt sich nach Maßgabe der wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Die waren in den 1950er Jahren andere als im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. So ist die Geschichte der Integration auf der wirtschaftlichen Ebene ein Entwicklungsroman von der Zollunion über den Gemeinsamen Markt zur Wirtschafts- und Währungsunion. Auf der politischen Ebene sind wir Zeugen eines dramatischen Dialogs zwischen der europäischen Ebene und den Nationalstaaten, die sich durch die direkte Legitimierung ihrer jeweiligen Regierungen nicht an die Wand spielen lassen. In rechtlicher Sicht werden die Drehbücher der Integration, die Europäischen Verträge sowie das sekundäre Gemeinschaftsrecht und die legislativen Reaktionen darauf in den Mitgliedländern, immer weiter ausdifferenziert. Trotz erfolgreicher Integrationsschritte auf den drei Ebenen Politik, Recht und Wirtschaft bleibt indes die Kultur Europas durch eine Diversität gekennzeichnet, die eine Verschmelzung der nationalen Symbolsysteme in einer einheitlichen europäischen Kultur wenig wahrscheinlich machen.

4.1 Kultur

4.2 Politik

Wenn sich auch, wie im Funktionalismus, die Logik der europäischen Integration als Folge wirtschaftlicher Notwendigkeiten verstehen lässt, wurde der Einigungsprozess dennoch zweifellos von politischen Akteuren bestimmt. Für die Frühzeit werden dabei häufig die "großen Männer" der europäischen Integration, z.B. Jean Monnet oder Konrad Adenauer, als maßgebliche Antreiber genannt. Im Integrationsprozess gewannen jedoch auch Institutionen ein Eigengewicht, so die Kommission (die bis 1957 Hohe Behörde hieß) und das Europaparlament nach der ersten Direktwahl im Jahre 1979. Bereits in den 1950er-Jahren siedelten sich

auch erste gemeinschaftliche Interessengruppen in Brüssel an. Kurz: Akteure, Institutionen und gesellschaftliche Gruppen und damit ein weites Spektrum politischer Instanzen gehörten und gehören zu den Triebkräften der politischen Einigung, selbst wenn der Einigungsdruck nicht allein der politischen Sphäre selbst entstammte und entstammt.

Demzufolge ist es wenig verwunderlich, wenn die politische Dimension der europäischen Integration aus verschiedenen Perspektiven bearbeitet und analysiert wird. In einem in jüngerer Zeit erschienenen Einführungsbuch werden drei "Erzählungen" zur Geschichte der europäischen Integration identifiziert (Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004: 28-43): "Große Männer" werden aus einer akteurszentrierten Perspektive beleuchtet, der Ost-West-Konflikt lädt zu einer strukturellen Herangehensweise ein, die "Sachlogik" orientiert sich an einzelnen Politik- und Herrschaftsbereichen. Die Bandbreite des politikwissenschaftlichen Schrifttums zur europäischen Integration ist aber noch breiter. Im Sinne der oben skizzierten Ausdifferenzierung der Europawissenschaft sind zeitgeschichtliche, theoretische, institutionell-analytische, politikfeld- und akteursbezogene Werke in großer Zahl erschienen. Vor allem im englisch- als im deutschsprachigen Raum wurden dabei Bücher geschrieben, die lehrbuchartig die wichtigsten Aspekte miteinander verbinden (z.B. Dinan 1999; Nugent 1999; George/Bache 2001). Im deutschsprachigen Raum existieren ähnliche Abhandlungen, die aber spezifischere Foki aufweisen: das Lehrbuch von Pfetsch (2001) ist sehr einführend gehalten, die von Werner Weidenfeld (2002; Weidenfeld/Wessels 2002) herausgegebenen Handbücher verzichten auf eine integrierende Perspektive, die Schriften von Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt (2004) und List (1999) orientieren sich stärker an wissenschaftlichen Debatten und fachwissenschaftlichen Fragestellungen.

Insgesamt ist die Zahl der deutschsprachigen Lehr- und Informationspublikationen in den letzten Jahren stark gewachsen. Am bemerkenswertesten erscheint dabei der Trend, die Europäische Union nicht mehr nur als Integrationsobjekt zu betrachten, sondern zusätzlich die bereits integrierten Elemente herauszuheben und damit die verfestigten und systemischen Eigenschaften der EU hervorzuheben. In der Logik von Parsons und später Easton wird daher in vielen Werken der Charakter der Europäischen Union als politisches System betont (z.B. Hartmann 2002; Hix 2004). Mehr dazu findet sich im vorliegenden Band im Beitrag von Timm Beichelt, in dem die verschiedenen Ansätze der politikwissenschaftlichen Europaforschung diskutiert werden. Das Fundament hierfür findet sich in den ideengeschichtlichen Ansätzen der europäischen Integration, angefangen in der Antike über das Mittelalter, die Aufklärung und das 19. und 20. Jahrhundert mit dem Gegenüberstehen von "realistischem" Gleichgewichtsdenken und idealistischen Integrationskonzepten.

Ganz generell zeigt sich dabei, wie in den letzten Jahrzehnten ein bisweilen schleichender Übergang von den Europaideen zur Europapraxis stattgefunden hat. Mit den Europäischen Verträgen von Paris (1951), Rom (1957), Maastricht (1991), Amsterdam (1997) und Nizza (2000) sind Ideen der europäischen Integration in den Hintergrund getreten, während deren Manifestierung in Politik, Recht, Wirtschaft und selbst in der Kultur zunehmend mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Nicht nur die europäische Integration selbst, sondern auch die Produktion von Wissen um und über diese Integration ist damit in gewisser Weise in eine "postpathetische" Phase eingetreten (Neyer 2004). Zum einen scheint dies zu Europamüdigkeit bei den Bürgern der EU zu führen, wie jüngere Entwicklungen um das Scheitern der Verfassungsreferenden in den Niederlanden und Frankreich zu zeigen scheinen. Zum anderen lässt sich auch in der Europawissenschaft ein Versiegen normativer Europakonzepte konstatieren, wie der Text von Stanisław Zyborowicz in diesem Band belegt.

Die übrigen Texte des Abschnitts "Politik" schlagen Schneisen in das unübersichtlich gewordene Feld der politik- und sozialwissenschaftlichen Europaforschung. Stefan Krätke zeigt die transdisziplinären Aspekte der EU-Regionalforschung auf, indem ein politisches Programm der europäischen Institutionen in seinen geplanten und realen Auswirkungen analysiert wird. Es handelt sich um das Europäische Raumentwicklungskonzept (EUREK), ein polyzentrisches Entwicklungsmodell der europäischen Raumstruktur, welches das besondere Verhältnis von politischem Gestaltungswillen und ökonomischen Wirkungskräften beleuchtet. Damit geht die Analyse über die meisten Betrachtungen der Regionalpolitik der EU – das damit hier stellvertretend für viele andere denkbare Politikfelder behandelt wird – hinaus (siehe z.B. Axt 2000), wenn ökonomische, geographische und demographische Entwicklungen gleichermaßen als Rahmenbedingungen für politisches Handeln begriffen werden.

Auch mit dem Beitrag von Michael Minkenberg versuchen die Herausgeber, auf eine stärkere Multiperspektivität zu setzen als in der Europawissenschaft häufig üblich. Minkenberg setzt sich – wiederum stellvertretend für viele andere politische Phänomene auf transnationaler Ebene – mit der Stärke und den Ausprägungsformen des europäischen Rechtsradikalismus auseinander. Jenseits seiner konkreten empirischen Ergebnisse unterstreicht der Autor damit die wichtige Stellung der vergleichenden Politikwissenschaft für die Analyse europäischer Politik. Diese reiht sich in das oben beschriebene Reibungsverhältnis aus ganzheitlicher und spezieller Wissenschaft: Ohne ein Verständnis des europäischen Rechtsradikalismus lassen sich manche Phänomene der europäischen Politik, z.B. das Anwachsen EU-skeptischer Bevölkerungsteile und Eliten, schlecht erklären. Allerdings sind dafür Methoden und Ansätze jenseits der traditionellen Europaforschung erforderlich. Umgekehrt wird aber durch die Berück-

sichtigung immer weiterer Methoden ein Überblick den Gegenstand, aber auch über die beobachtenden Ansätze, der europäischen Integration immer schwieriger.

Ein letzter Beitrag im politikwissenschaftlichen Teil widmet sich dem vielleicht wichtigsten Ereignis des letzten Jahrzehnts der europäischen Integration, der Osterweiterung. Am Beispiel Polens wird der Weg nachvollzogen, den die neuen Mitgliedsstaaten auf ihrem Weg in die EU gehen mussten. Dabei erscheint im Text von Beata Przybylska charakteristisch, dass viel von Verhandlungen zwischen Administrationen und Vertragsgestaltungen, wenig jedoch von der genuin politischen Gestaltung des Beitrittsprozesses die Rede ist. Der Bedeutungsverlust von Europaideen hat offenbar auch zu einem Übergewicht solcher Institutionen geführt, die den geronnenen Idealismus des europäischen Einigungsprozesses verkörpern und in administrierte Politik übertragen.

4.3 Recht

4.4 Wirtschaft

Die Union, das europäische Haus, wird seit dem Vertrag von Maastricht (1992) häufig als Portikus eines griechischen Tempels mit drei Säulen dargestellt, die im wesentlichen wirtschaftlich bestimmte Europäische Gemeinschaft, die gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und die gemeinsame Innen- und Rechtspolitik repräsentierend. Dieses Gebäude von Maastricht dürfte wohl kaum Anspruch auf einen Architekturpreis erheben: die erste Säule ist dick wie eine Eiche, und die beiden anderen sind dünn wie Bleistifte. Doch um die Ästhetik geht es hier nicht. Worum es uns geht, ist die Tatsache, dass man auf Grund der immensen Bedeutung des Wirtschaftlichen für den Einigungsprozess ganze Bibliotheken mit ökonomischen Europastudien füllen kann. Es wäre ein müßiges Unterfangen, auch nur ansatzweise zu versuchen, hier einen Überblick zu geben.

Einen solchen Überblick bieten die einschlägigen Lehrbücher, die den Universitätskursen zur Ökonomie und Politik der europäischen Integration zugrunde gelegt werden. So nimmt es nicht Wunder, dass das Angebot solcher Lehrbücher unter Titeln wie *The economics and policies of European integration* in englischer Sprache besonders groß ist (Artis/Nixson 2001; Pelkmans 2001; Baldwin/Wyplosz 2004; El-Agraa 2004; Senior Nello 2005). Doch auch im deutschsprachigen Bereich steigt das Interesse an Europastudien und damit das Angebot an Kompendien (Klemmer 1998; Ohr/Theurl 2001; Wagener/Eger/Fritz 2006). Daneben sind die wissenschaftlichen Zeitschriften zu erwähnen, die Europastudien zum Gegenstand haben, z.B. das *Journal of Common Market Studies*, das

Journal of European Public Policy, das *Journal of European Integration*, das *Journal of European Social Policy* oder das *Journal of Contemporary European Studies*.

Die englischen Texte dominieren offensichtlich den europäischen Markt. Das ist eine natürliche Folge der Harmonisierung, der Tatsache nämlich, in der *lingua franca* verstanden zu werden. Und Bücher sind kein *Cassis de Dijon*, für das wechselseitige Anerkennung genügt, um überall genossen werden zu können. Dabei bestehen durchaus interessante Unterschiede in der jeweiligen Darstellung; zum Beispiel greifen deutsche Texte gerne zurück auf die juristischen Kommentare zum Europarecht, während anglo-amerikanische Texte stärker in der Wirtschaftstheorie fundiert sind. Und dann ist es so, dass die Begeisterung für eine supra-nationale Europäische Union in Großbritannien und Skandinavien deutlich kühler ist als auf dem Kontinent. Doch auch deutsche Analysen des europäischen Einigungsprozesses zeichnen sich durch nicht unerhebliche ordnungspolitische Vorbehalte aus. Wir sehen, von einer Harmonisierung der nationalen Präferenzen kann keine Rede sein.

Im letzten Teil unseres Bandes werden beispielhaft einige Aspekte ökonomischer Europastudien vorgestellt. Bei der Fülle der möglichen Themen hat die Auswahl natürlich etwas Beliebiges. *Area studies* wie Lateinamerikakunde, Asienkunde, aber auch Osteuropakunde konzentrieren sich zumeist auf regionale Besonderheiten, im ökonomischen Bereich auf die Wirtschaftsentwicklung einer Region oder der in ihr gelegenen Länder im Zusammenhang mit ihrem soziokulturellen Umfeld. Das hat seine Berechtigung darin, landeskundliches Wissen zu produzieren, auf das zurückgreift, wer in der entsprechenden Region tätig werden möchte. Aber es ist in der Regel theoretisch unergiebig. Das war bei einem Typ der *area studies* nicht der Fall, den *Soviet studies* seligen Angedenkens, bzw. dem Vergleich von Wirtschaftssystemen. Hier hatte sich neben den landeskundlichen Aspekten auch ein theoretisches Interesse entwickelt, die Analyse von Wirtschaftssystemen (Wagener 1979), aus der wichtige Beiträge zur neuen Institutionentheorie entstanden sind. Ganz ähnlich liegt der Fall bei den Europastudien. Sie werden sowohl von der Institutionentheorie unterstützt wie auch vom theoretischen Paradigma der Integration. Der landeskundliche Aspekt spielt keine so wichtige Rolle, wohl aber die angewandte Wirtschaftstheorie, d.h. die Wirtschaftspolitik. Denn schließlich kommen der Europäischen Union in vielen Politikbereichen erhebliche Kompetenzen zu, die sie im Zusammenspiel mit den Mitgliedsländern ausüben muss.

Kern der Europäischen Gemeinschaft ist der gemeinsame Markt. So nimmt es nicht Wunder, dass die Regulierung von Marktprozessen im Zentrum der wirtschaftspolitischen Aktivität der Union steht. Die Märkte öffnen, gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle schaffen, Diskriminierungen unterbinden, das

sind die Ziele dieser Politik. Im wesentlichen handelt es sich hierbei um negative Integration, die Abschaffung von Handelshemmnissen. Eingriffe in das Marktgeschehen werden nur dort für legitim gehalten, wo eklatantes Marktversagen auftritt. Das kann vor allem im sozialen Bereich der Fall sein. Jede Marktordnung ist gleichzeitig eine Sozialordnung. Nur muss das Ergebnis effizienter Märkte nicht notwendigerweise als sozial gerecht empfunden werden. Und was sozial gerecht sei, wird in den Mitgliedländern unterschiedlich bewertet. So ist die Schaffung einer europäischen Sozialordnung, die positive Integration impliziert, d.h. Setzung von gemeinsamen Standards, mit sehr viel größeren Schwierigkeiten verbunden als die Realisierung des gemeinsamen Marktes.

Der technisch reinste Markt mit der größten Distanz zur Sozialordnung ist der Finanzmarkt. Man sollte deshalb erwarten, dass hier der Integrationsprozess am weitesten fortgeschritten sei. Was die Marktordnung betrifft, ist das wohl auch der Fall. Doch man mag die Pferde zur Tränke tragen, saufen müssen sie schon selbst. Das heißt, die tatsächliche Integration der Märkte äußert sich im Verhalten der Teilnehmer. Das ist noch immer von nationalen Eigenheiten geprägt. Dabei darf man nicht übersehen, dass die Integration der Finanzmärkte sehr jungen Datums ist – sowohl die Anpassung der ordnungspolitischen Elemente, die die internationalen Transaktionskosten beeinflussen, wie auch die Anpassung des Verhaltens der Marktteilnehmer benötigen Zeit. Das gilt natürlich vor allem für die neuen Mitgliedländer der Union in Ostmitteleuropa, wo eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung erst nach 1990 (wieder) eingeführt worden ist.

Der Fall des Eisernen Vorhangs, die Schließung des Risses, der seit dem zweiten Weltkrieg durch Europas Mitte verlief, ist *das* historische Ereignis am Ende des 20. Jahrhunderts. Die Länder östlich des Grabens, die gezwungen waren, ein undemokratisches politisches System und ein ineffizientes Wirtschaftssystem zu übernehmen, haben aus diesem Grund nur verlangsamt am gewaltigen Entwicklungs- und Strukturwandlungsprozess der Nachkriegsperiode teilgenommen. Das bedeutet für sie heute, zu Westeuropa aufschließen zu müssen. Diese Aufgabe verwirklichen sie in zwei eng miteinander verbundenen Projekten, der Transformation ihrer politischen und Wirtschaftsordnung und der Eingliederung in die Europäische Gemeinschaft. Das ist ein weites Feld für Europa-studien, die auf diese Weise einen Teil des Terrains der früheren Osteuropastudien besetzen, nachdem diesen im politisch-ökonomischen Bereich mit der sozialistischen Staats- und Wirtschaftsordnung ihre *differentia specifica* abhanden gekommen ist. Wurde Transformationsforschung zu Beginn der 1990er Jahre noch bevorzugt von alten Osteuropakennern betrieben, so ging sie als interessantes Puzzle rasch in die Hände der Profession allgemein über. (Wir wollen hier

nicht darüber rechten, ob das ohne spezifische Kenntnisse von Ort und Zeit zu sinnvollen Ergebnissen führen kann.)

Der Transformationsprozess in Ostmitteleuropa findet unter sehr aktiver Beteiligung westlicher Unternehmen statt: die Privatisierung der staatlichen Betriebe hat das westliche Kapital auf den Plan gerufen. Genauso wie die Integration der Finanzmärkte spielen sich aber auch die grenzüberschreitenden Aktivitäten von Wirtschaftsunternehmen nicht ausschließlich im europäischen Rahmen ab. Vielmehr werden beide Phänomene als typisch für den Prozess der Globalisierung angesehen. Man kann auch sagen, dass die Europäisierung ein Schritt auf dem Weg zur Globalisierung sei. International operierende Wirtschaftsunternehmen gestalten diesen Prozess an der Basis, sowohl was die Marktordnung, als auch was die Sozialordnung betrifft. Sie haben dabei die rechtlichen und die kulturellen Unterschiede zwischen den Ländern, in denen sie tätig sind, zu berücksichtigen. Gleichzeitig sorgen sie mit der Übertragung ihrer Unternehmenskultur und dem Versuch, die Politik zugunsten präferierter Regulierungen zu beeinflussen, für einen Ausgleich dieser Unterschiede.

4.5 *Schluss*

Damit schließt sich der Kreis unserer Europastudien. Kultur, Politik, Recht und Wirtschaft sind eigene Gesellschaftssysteme mit eigenen theoretischen Paradigmen. Sie stehen aber nicht völlig isoliert voneinander. Ein adäquates Verständnis dessen, was sich in Europa abspielt, verlangt eine multidisziplinäre Betrachtung. Das haben Europastudien zu leisten.

5 **Zitierte Literatur**

- Artis, Mike / Nixon, Fredrick (Hrsg.), 2001: The Economics of the European Union. Policy and Analysis, 3rd ed. Oxford: Oxford University Press.
- Axt, Heinz-Jürgen, 2000: EU-Strukturpolitik. Einführung in die Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts. Opladen: Leske+Budrich.
- Bach, Maurizio, 2000: Die Europäisierung der nationalen Gesellschaft? Problemstellungen und Perspektiven einer Soziologie der europäischen Integration. In: Maurizio Bach (Hrsg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften (Sonderheft 40 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 11-35.
- Baldwin, Richard / Wyplosz, Charles, 2004: The Economics of European Integration. London: McGraw-Hill.

- Beyme, Klaus von, 1991: Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Von der Moderne zur Postmoderne. Frankfurt: Suhrkamp.
- Christiansen, Thomas / Jorgensen, Erik / Wiener, Antje (Hrsg.), 2001: The Social Construction of Europe. London: Sage.
- Cowles, Maria G. / Caporaso, James A. / Risse, Thomas (Hrsg.), 2001: Transforming Europe. Europeanization and Domestic Political Change. Ithaca: Cornell University Press.
- Dinan, Desmond, 1999: Ever closer union? An introduction to European integration. Basingstoke, Hampshire: Macmillan.
- Durkheim, Emile, 1993: Der Selbstmord. Frankfurt.
- Eisenstadt, Shmuel N., 1987: European civilization in a comparative perspective. A study in the relations between culture and social structure. Verfasserangabe. Oslo: Norwegian University Press.
- El-Agraa, Ali M. (Hrsg.), 2004: The European Union. Economics & Policies, 7th ed. Harlow u.a.: Prentice Hall.
- Geertz, Clifford, 1995: Dichte Beschreibung. Bemerkungen zu einer deutenden Theorie von Kultur. In: Clifford Geertz (Hrsg.): Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Frankfurt: Suhrkamp, S. 7-43.
- George, Stephen / Bache, Ian, 2001: Politics in the European Union. Oxford: Oxford University Press.
- Haas, Ernst B., 1968: The Uniting of Europe. Political, Social and Economic Forces. 1950-1957. Stanford: Stanford University Press.
- Habermas, Jürgen (Hrsg.), 1979: Stichworte zur 'Geistigen Situation der Zeit'. 2 Bände. Frankfurt: Suhrkamp.
- Hartmann, Jürgen, 2002: Das politische System der Europäischen Union. Eine Einführung. Frankfurt: Campus.
- Hartmut Böhme, Peter Matussek, Lothar Müller, 2000: Orientierung Kulturwissenschaften: Was sie kann, was sie will. Reinbeck: Rowohlt.
- Hix, Simon, 1994: The Study of the European Community: The Challenge to Comparative Politics. In: West European Politics, vol. 17, no. 1, S. 1-30.
- Hix, Simon, 2004: The Political System of the European Union. 2nd edition. New York: Palgrave (zitierte Fassung: <http://personal.lse.ac.uk/HIX/WorkingPapers.HTM>).
- Jaspers, Karl, 1966: Wohin treibt die Bundesrepublik? München: Piper.
- Jaspers, Karl, 1979 (1932): Die geistige Situation der Zeit. Berlin / New York: de Gruyter.
- Jaspers, Karl, 1985 (1919): Psychologie der Weltanschauungen. München: Piper.

- Kant, Immanuel, 1984: Zum Ewigen Frieden. Mit Texten zur Rezeption 1796-1800. Leipzig: Reclam.
- Kittsteiner, Dieter (Hrsg.), 2004: Was sind Kulturwissenschaften? 13 Antworten. München: Fink.
- Klemmer, Paul (Hrsg.), 1998: Handbuch Europäische Wirtschaftspolitik. München: Vahlen.
- Kohler-Koch, Beate / Conzelmann, Thomas / Knodt, Michèle, 2004: Europäische Integration - Europäisches Regieren. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- List, Martin, 1999: Baustelle Europa. Einführung in die Analyse europäischer Kooperation und Integration. Opladen: Leske + Budrich.
- Luhmann, Niklas, 1981: Soziale Systeme. Frankfurt: Suhrkamp.
- Mitrany, David, 1943: A Working Peace System. London: Royal Institute of International Affairs.
- Mittelstraß, Jürgen, 1989: Der Flug der Eule. Von der Vernunft der Wissenschaft und der Aufgabe der Philosophie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Neyer, Jürgen, 2004: Demokratisches Regieren in einem postpathetischen Europa. In: Anna Geis / David Strecker (Hrsg.): Politik in Krise? Normativ-empirische Sozialwissenschaft im Anschluss an Claus Offe. Frankfurt: Campus, S. (im Erscheinen).
- Niess, Frank, 2001: Die europäische Idee. Aus dem Geist des Widerstands. Frankfurt: Suhrkamp.
- Nugent, Neill, 1999: The Government and Politics of the European Union. 4th edition. Houndsmills: MacMillan.
- Ohr, Renate / Theurl, Theresia (Hrsg.), 2001: Kompendium Europäische Wirtschaftspolitik. München: Vahlen.
- Parsons, Talcott, 1991 (1951): The social system. London: Routledge.
- Pelkmans, Jacques, 2001: European Integration. Methods and Economic Analysis. Second edition. Harlow u.a.: Prentice Hall.
- Pfetsch, Frank R., 2001: Die Europäische Union. Eine Einführung. München: Fink.
- Ragin, Charles C., 1987: The Comparative Method: Moving Beyond Qualitative and Quantitative Strategies. Berkeley: University of California Press.
- Rupp, Hans Karl / Noetzel, Thomas, 1994: Einleitung. In: Hans Karl Rupp / Thomas Noetzel (Hrsg.): Macht, Freiheit, Demokratie. Die zweite Generation der westdeutschen Politikwissenschaft. Marburg: Schüren, S. 7-13.
- Schmidt, Siegmund, 2002: Die Europäische Union in der Vergleichenden Politikwissenschaft. In: Hans-Joachim Lauth (Hrsg.): Vergleichende Regierungslehre. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 156-180.

- Senior Nello, Susan, 2005: *The European Union. Economics, Policies and History*. London: McGraw-Hill.
- Viner, Jacob, 1950: *The Customs Union Issue*. New York: Carnegie Endowment for International Peace.
- Wagener, Hans-Jürgen, 1979: *Zur Analyse von Wirtschaftssystemen*. Berlin-Heidelberg-New York: Springer.
- Wagener, Hans-Jürgen / Eger, Thomas / Fritz, Heiko (Hrsg.), 2006: *Europäische Integration. Geschichte, Ökonomie und Politik*. München: Vahlen.
- Wallerstein, Immanuel, 1989: *The Modern World-System III. The Second Era of Great Expansion of the Capitalist World-Economy, 1730-1840s*. San Diego: Academic Press.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.), 2002: *Europa-Handbuch*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hrsg.), 2002: *Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Weiler, Joseph H.H., 1981: *The Community System. The Dual Character of Supranationalism*. In: *Yearbook of European Law*, vol. 1, S. 257-306.
- Zürn, Michael, 1996: *Über den Staat und die Demokratie im europäischen Mehrebenensystem*. In: *Politische Vierteljahresschrift*, vol. 37, no. 27-55.

Anhang: Master-Studiengänge mit Schwerpunkt Europa-Studien in Europa

Thekla Lange

Quellen:¹³

http://europa.eu.int/comm/education/programmes/ajm/3cycle/index_en.html

<http://www.icp-ajm.org/postgraduates/ajm.asp>

<http://sfeuropa.swiss-science.ch>

Name der Universität	Name des Abschlusses	Disziplinärer Schwerpunkt	Dauer in Jahren	Sprache
Frankreich				
U des Antilles et de la Guyane	MA Commerce Européen et International	WiWi	1	F
U d'Avignon et de pays Vaucluse	MA professionnel Juriste européen	ReWi	2	F
U de Bordeaux IV	MA Démographie, Economie du développement et de l'intégration	WiWi	1	F
U Bordeaux IV	MA Droit et Sciences Politiques, Mention droit communautaire et politiques européennes	ReWi, PoWi	2	F
U de Paris I	Maîtrise en droit. Mention droit européen	ReWi	1	F
	DEA Droit Communautaire et Européen	ReWi	1	F
	DESS Droit européen	ReWi	1	F
	LLM.de droit français et de droit européen	ReWi	1	F E
Sciences Po, Paris	MA en études européennes (Euromasters)	Interdisz. mit sozialwissenschaftl. Schwerpunkt	1	E, (D, S, F, I)
	MA mention Métiers de l'Europe	Interdisz. (PoWi, WiWi, ReWi)	2	F
U de Paris II	MA 2*Droit européen des affaires	ReWi	1	F
U de Paris V	MA 2 Science juridiques, économiques et de gestion, mention Culture juridique européenne	ReWi	1	F
	MA 1* Droit Internationale et	ReWi	1	F

¹³ Es sind postgraduale Studiengänge (Master-, Aufbaustudiengänge) erfasst, die sich explizit auf Europa beziehen. Zusätzlich zu den o.g. Informationen haben wir versucht, auf den Internetseiten großer Universitäten Europas nach Programmen der Europastudien zu suchen. Die Tabelle kann nur einen groben Überblick geben, vor allem weil durch den Bologna-Prozess die Landschaft der Universitäten und der Europa-Studiengänge stark im Fluss ist und weil die befragten Internetseiten nicht gleichermaßen aktuell sind. Für Hinweise auf Änderungen bzw. Fehler sind die Autoren dankbar.

	européen			
	MA 2 Droit d'affaires européen	ReWi	1	F
U de Paris X	MA Professionel Droit. Mention international et européen	ReWi	2	F
	MA Professionel Droit. Mention Droit des Affaires, spécialité Jurise Européen	ReWi	2	F
U de Paris XI	MA 2 Droit public international et européen	ReWi	1	F
	MA 2 Droit de l'Union européenne et entreprises	ReWi	1	F
	MA Entreprise et marché européen	WiWi	1	F
U de Paris VIII	DESU Etudes Européenes	Interdisz.	1	F
	DESS Management Culturel en Europe	Interdisz. (Kulturpolitik, ReWi, Kulturelle Institutionen, europäische Kultur)	1	F
	DEA La Construction Européenne: enjeux géopolitiques, économiques et socioculturels	Interdisz. (PoWi, KuWi, ReWi, WiWi, KuWi)	1	F
U de Paris XII	MA 2 Droit européen fondamental	ReWi	1	F
	MA 2 Histoire de droit européen	Rechtsgeschichte	1	F
	MA 2 Droit européen et droit russe	ReWi	1	F
U de Paris Marne-la-Vallée	Ma Sciences Politiques Spécialité: Géopolitique et études européennes	PoWi	2	F
U Leonard de Vinci Paris	MA of Arts in European Public Policy	Interdisz. PoWi, Verwaltung, ReWi	1	E, F, D
U Cergy-Pontoise	DESS Chef de projet européen	Interdisz.	1	F
U des Sciences et Technologies de Lille 1	MA "ESPACE EUROPEEN ECONOMIQUE ET SOCIAL"	WiWi	2	F
U de Lille II	MA 2 Droit, mention défense et sécurité nationales et européennes	ReWi	1	F
	MA Science Politique, spécialité Métiers de l'Europe	PoWi, ReWi	1	F
U Lyon 3	MA 2 Droit communautaire appliqué	ReWi	1	F
	MA 2 Recherche Droit Européen	ReWi	1	F
U de Grenoble	MA 2 Droit international et européen	ReWi	1	F
	MA 2 Carrières juridiques internationales et européennes	ReWi	1	F
	MA Europe	Interdisz.	2	F

U de Toulouse I	Maîtrise en Droit International et Européen	ReWi	1	F
	MA 2 Européen et Sciences du Travail	Interdisz. (WiWi, ReWi, PoWi, inhaltlicher Schwerpunkt: Arbeit)	1	F
U Rouen	MA de Droit, mention: Droit international et européen	ReWi	2	F
U de Strasbourg III	MA 2 Droit de l'Union Européenne	ReWi	1	F
	MA 2 Politiques Européennes	PoWi	1	F
Institut des Hautes Études Européennes de Strasbourg	MA in European Studies	Interdisz. (Geschichte, ReWi, WiWi)	1	F, E
	MA 1 Droit et études européennes Mention Études interdisciplinaires européennes	Interdisz. (Geschichte, ReWi, WiWi, PoWi)	1	F
	MA 2 Droit et études européennes Mention Droits de l'homme	ReWi	1	F
U d'Aix-Marseille I	MA d'Études Européennes	Interdisz.	2	F
U d'Aix – Marseille III	MA 1 Systemes de droit en Europe	ReWi	1	F
	Mater 1 Droit international et droit européen	ReWi	1	F
	MA 2 Droits européens compares	ReWi	1	F
	MA 2 Management Européen	WiWi	1	F
U de Montpellier I	MA 2 Droit européen	ReWi	1	F
U de Nancy II	Diplôme d'études supérieures européennes	Je nach Spezialisierung: PoWi und ReWi, WiWi oder Interdisz.*	1	F
	Magistère de Juriste d'affaires européen	ReWi	3	F
	MA d'études juridiques eurpéen	ReWi	1	F
	Mastère en relations publiques européennes	Rechtl., kommunikationswissenschaftl. und kulturwissenschaftl. Schwerpunkt	1	F
U de Rennes I	MA Droit européen	ReWi	1/2	F
	DEA en Economie Industrielle Européenne	WiWi, PoWi	1	F, E
U de Tours	MA en droit européen	ReWi	2	
	MA 2 Economie Européenne du	WiWi	1	F

	Tourisme			
U de Valenciennes	MA 2 Droit des Affaires Européennes et Internationales	ReWi	1	F
U catholique de Louvain	DES/ MA in European Studies	Interdisz. PoWi, WiWi, Soziologie	1	F/ E
U de Nice	MA in advanced European and international Studies	Interdisz.	1	F, E, D*
	MA in advanced European and international Studies	Interdisz.	1	F, E, D
U de Poitiers	MA 2 droit des affaires, spécialité Droit française et européen des affaires	ReWi	1	F (P?)
	MA 2 Science du management, spécialité gestion financière et fiscal européenne	WiWi	1	F
Italien				
U Siena	MA of European Studies	Interdisz. (Geschichte, ReWi, WiWi, PoWi, Soziologie, Statistik)	1	F, E, I
	MA Politics in Europe	PoWi	1	E
	MA in Contemporary European Studies: Politics, Policy, Society (Euromaster)	Interdisz. mit sozialwissenschaftl. Schwerpunkt	1	E, (D, S, F, I)
John Hopkins U – SAIS Bologna Center	MA European Studies	Interdisz.	2	E, F, D, R, S; I
U degli studi di Firenze	MA in European Studies	Interdisz. (ReWi, WiWi, PoWi, Geschichte)	1	I
	European MA in Labour Sciences	Interdisz.	1	I
European University Institute Florenz	LLM in Comparative, European and International Law	Internationales ReWi	1	E F
Collegio Europeo die Parma	Advanced Diploma In European Studies (ADES)	Interdisz.	1	I, E, F
Tor Vergata U Rom	MA in European economy and International Finance	WiWi	1	E
	MA II Universitario in Guiridizioni internazionali (universali ed europee)	ReWi	1	I
La Sapienza U Rom	MA in studi europei e relazioni internazionali	WiWi, PoWi	1	I
	MA in Istituto Parlamento europea e Storia Costituzionale	Interdisz.	1	I
U Padua	MA in Integrazione Europea	WiWi, ReWi	1	I

U Lecce	MA in Pedagogia interculturale e demimesione europea dell educa-zione	Pädagogik	1	I
U Catania	MA in Euro-Mediterranea, Partnership Studies	Interdisz. (PoWi, WiWi, Soziologie, Kuwi)*	1	E, F
	Corso di Laurea Specialistica Governo dell Unione Europea e Politica Internazionale	PoWi	2	I
U Ferara	MA in Fondamenti guiridici ed applicazione operativa delle politiche e die programmi comunitari negli stati membri dell Union europea	Interdisz.	1	I
U Udine	MA Euroculture	Interdisz.	1	I, E
Spanien				
U de la Coruña, Spanien	MA in Studies of the European Union	Interdisz. (ReWi, wirtschaftl., soziale politisch Integrati-on)	1	S, E, F
U Carlos III de Madrid	MA in European Union Law	ReWi	1½	E
U Carlos III de Madrid	Máster en Cultura Política Europea Contemporánea (Euromaster)	Interdisz. mit sozialwissenschaftl. Schwerpunkt	1	E, (D, S, F, I)
U de Barcelona	Especialización en Derecho de la Unión Europea/Diploma de postgrado	ReWi	1	S
U del Pais Vasco-Euskal, Bilbao	MA en Interacion Europea	Interdisz. (PoWi, WiWi, ReWi)	1	S
U de Deusto, Bilbao	MA Euroculture	Interdisz.	1	S, E
U Pontificia de Salamanca	MA en Estudios Europeos y Derechos Humanos	Interdisz.	1	S
U de Valencia	MA en Derecho de la Union Europea	ReWi, PoWi	1	S
U de Santiago di Compostela	MA en Estudios Europeos	Interdisz.	2	S
	Direito Publico Proceso de Integracia Unia Europea	ReWi	2	S
U Castillo de la Mancha, Toledo	MA en Derecho Comunitario	ReWi	2	S
Real Instituto de Estudios Euro-peos, Zaragoza	MA en Comunidades Europeas y Unión Europea	Interdisz.	1	S
Portugal				
U Technique de Lisbonne	Mestrado em Economia e Estudos Europeus	Interdisz.	2	P

U de Coimbra	Mestrado de Ciencias Juridico-Comunitaris	ReWi	2	P
Belgien				
Katholieke U Leuven, Belgien	MA in European Studies	Interdisz.. EU-Integration, West- und Osteuro- pa	1	E
	MA of European Politics and Policies.	PoWi	1	E
U libre de Bruxelles	MA in European Studies	Interdisz. (WiWi, PoWi, KuWi und Geschichte)	1	E/ F
	LLM in European Law (Diplome d'études specialisées en droit européenne)	ReWi	1	F
	MA European Politics	PoWi	1	F/ E
	MA in European Economics	WiWi	1	F/ E
Universiteit Antwerpen	MA Economics of International Trade and European Integration	WiWi (etwas PoWi)	1	E
Gent U	MA Euroculture	Interdisz.	1	E, D
	LLM in European and Comparative Law	ReWi	1	E
	European MA in Law and Economics*	ReWi, WiWi	1	E
Collège d'Europe/ College of Europe, Brüssel/ Natolin (Warschau)	MA in European Law	ReWi	1	E/ F
	European Political and Administrative Studies	Interdisz. (PoWi, WiWi, ReWi)	1	E/ F
	MA in European Economic Studies	WiWi	1	E/ F
	MA in Interdisziplinäre Studies	Interdisz.	1	E/ F
Niederlande				
U of Groningen	MA of Laws (LL.M.) in European Law	ReWi	1	E
	MA in Euroculture	Interdisz.	1	E
U Maastricht	MA analysing Europe (IM-PREST)	Interdisz.	1	E
	MA in European Studies	PoWi	1	E
	MA of European Public Affairs	Interdisz.	1	E
	MA European Law School	ReWi	1	E
U van Amsterdam	European' master's programme in Journalism	Interdisz., Schwerpunkt Journalismus	2	E
	MSc European Communication Studies	Interdisz., Schwerpunkt Kommunikation	1	E
	LL.M. European Private Law	ReWi	1	E

Amsterdam School of International Relations	Exec. Masters in International and European Relations & Management	PoWi, WiWi	1	E
The Hague U	MA European Law and Policy	ReWi, PoWi	1	E
Schweden				
Lund U	MA of European Affairs Programme	Interdisz., PoWi, ReWi, WiWi	1	E
Stockholm U	MA of European Law	ReWi	1	E
Uppsala U	MA Euroculture	Interdisz.	1	E
Finnland				
U of Turku	MA European Studies	Interdisz.	1	E
	Master's Degree in European Social Policy Analysis	PoWi	1	E
Dänemark				
Aalborg U	MA of Social Science Programme in European Studies	Interdisz. Schwerpunkt auf PoWi	2	E
Roskilde U	Master's Degree in European Social Policy Analysis	PoWi	1	E
Aarhus School of Business	MSc in EU Business & Law	WiWi, ReWi	1	E
Litauen				
Kaunas U of Technology	MA European Integration	Interdisz.	2	E/ L
	MA in Euromanagement	WiWi	2	E/ L
Vytautas Magnus U, Kaunas	MA in Administration of the Institutions of EU	PoWi, einige Interdisz. Veranstaltungen	2	E/ L
Lettland				
The Riga Graduate School of Law	LL.M in International and European Law	ReWi	1	E
Polen				
U Łódzki	Podyplomowe Studia Europejskie*	Interdisz.	1	P
U Szczeciński	MA of European Studies	Interdisz., Schwerpunkt PoWi	2	P
	Studia podyplomowe Prawo Europejskie i Prawa Człowieka*	ReWi	1	P
U Warszawski	Podyplomowe Studium Prawa Europejskiego*	ReWi	1	P
	Magister Europeistyka	Interdisz. (PoWi, SoWi, Journalismus)	5	P
Warsaw School of Economics	Magister Europeistyka	Interdisz.	5	P
	Podyplomowe studium Europejskich stosunków finansowo-ekonomiczno-	Interdisz. WiWi, ReWi, PoWi	1	P/ E

	prawnych*			
	Podyplomowe Studium Europejskie*	PoWi, ReWi	1	P
	Podyplomowe Studium Administracji publicznej i podejmowania decyzji w Unii Europejskiej*	PoWi und Verwaltung	1	P
	Podyplomowe Studium Administracji europejskiej, funduszy unijnych i polityki gospodarczej*	Verwaltung, WiWi	1	P
Gdańsk U	Interdyscyplinarne Studium Podyplomowe Unia Europejska*	Interdisz.	1	P/ E?
	Studium Podyplomowe Integracja Europejska Środki pomocowe UE i zarządzanie przedsiębiorstwem w warunkach rynku wewnętrznego*	Interdisz., PoWi, ReWi, WiWi	1	P
	Podyplomowe Studium "Edukacja Europejska"*	Interdisz.	1	P
	Europeistyka i przemiany globalne*	PoWi, SoWi	5	P
	Integracja Europejska	Interdisz.	5	P
Cracow U of Economics	Studia podyplomowe Integracja Europejska*	Interdisz., Schwerpunkt WiWi	1	P
Jagiellonian U Cracow	Podyplomowe Studium Prawa Europejskiego*	ReWi	1	P
	MA in European Studies	Interdisz.	2	E
	MA in Euroculture	Interdisz.	1	E
	MA in Central & Easteuropean Studies	Interdisz.	1	E
Akademia Pedagogiczna, Krakau	Magister Europeistyka	Interdisz.	2,5	P
Tschechische Republik				
Karls-U, Prag	East and Centraleuropean Studies	Interdisz.	1	E
	MA Economics of International Trade and European Integration	WiWi (etwas PoWi)	1	E
U Brno	MA European Studies and International Relations	PoWi	2	T
	MA European Politics	PoWi	2	E
Ungarn				
Central European U	MA in International Relations and European Studies	Interdisziplinär (PoWi, ReWi, WiWi, Geschichte)	1	E
Österreich				
U Wien	MA European Studies	Interdisz. PoWi, WiWi, ReWi	1	D

Donau-U Krems	MA European Studies	Interdisz., PoWi, WiWi, ReWi	1	D
	LLM EURO-JUS (Berufsbegleitend)	ReWi	2	D
Karl-Franzens-U Graz	LLM in European Integration and South East European Law	ReWi, PoWi	1½	E/ D
Slowenien				
U of Maribor	Magistrski študijski program Gospodarsko pravo Evropske*	ReWi	1	S
U of Ljubljana	Master's Degree in European Social Policy Analysis	PoWi	1	E
Griechenland				
National and Kapodistrian U of Athens	MLL in European Law	ReWi	2	G
	MA in European Politics and Society	PoWi	2	G/ E
National and Kapodistrian U of Athens	MSc in International Economics and Finance	WiWi	1	G/ E
	MSc in European Economic Studies	WiWi	1	G/ E
Malta				
U of Malta	MJur In EU and Comparative Law	ReWi	1	E
	MA in European Studies	Interdisz.	1	E
Irland				
U College Dublin, Irland	MA in European Studies	Interdisz.	1	E
	MEcon SC (MA of Economic Science in European Economic and Public Affairs)	Interdisz.	1	E
National U of Ireland Maynooth	MA European Studies	PoWi, WiWi	1	E
	Master's Degree in European Social Policy Analysis	PoWi	1	E
U of Limerick, Irland	MA in European Integration	Interdisz. (PoWi, ReWi, WiWi, Geschichte)	1	E
	LLM in European and Comparative Law	ReWi	1	E
Großbritannien				
U of Bath	MA in Contemporary European Studies: Politics, Policy, Society (Euromaster)	Interdisz. mit sozialwissenschaftl. Schwerpunkt	1	E, (D, S, F, I)
Queen U of Belfast, Nordirland	MA in European Integration and Public Policy	PoWi und EU-ReWi	1	E

U of Birmingham	MA in European Studies	Interdisz. (breites Konzept)	1	E
	MA Russian and East European Studies	Interdisz.	1	E
	MSc in Contemporary Russian and East European Studies	Interdisz.	1	E
	LLM European law	ReWi	1	E
U of Sussex	MA in Contemporary European Studies	Interdisz., Schwerpunkt SoWi	1	E
	MA in European Politics	PoWi	1	E
U of Portsmouth	MA European Law and Policy	ReWi, PoWi	1	E
	MA European Studies	Interdisz.	1	E
U of Leeds	LLM in European Legal Studies	ReWi	1	E
	MA/MPhil in European Politics	PoWi	1	E
Loughborough U	MA in European Parliamentary Studies	PoWi	1	E
	MSc in the International Relations of the European Union	PoWi	1	E
	MSc in Policy-Making in the European Union	PoWi	1	E
	MSc in European and International Studies	PoWi	1	E
Cardiff U	LLM European Legal Studies	ReWi	1	E
	MA European Studies	Interdisz.	1	E
U of Essex	MA European Integration	Interdisz.	1	E
	MA in European Politics	PoWi	1	E
	LLM European Community Law	ReWi	1	E
	LLM European Business Law	ReWi	1	E
U of Kent	MA in European Governance	PoWi	1	E
	MA European Integration	Interdisz.	1	E
	LLM European Law	ReWi	1	E
	MSc European Economic Integration	WiWi	1	E
	MA in International Relations and European Studies	PoWi	1	E
U of Edinburgh	MSc in International and European Politics	PoWi	1	E
	European & Comparative Politics	PoWi	1	E
	LLM European Law	ReWi	1	E
	MA in Euroculture	Interdisz.	1	E
U of Liverpool	LLM European Law	ReWi	1	E
	MA in European Union Politics	PoWi	1	E
Liverpool John Moores U	MA European Studies	PoWi	1	E
U of Lincoln	LLM in European Law	ReWi	1	E
U of Leicester	LLM/MA European Law and	ReWi	1	E

	Integration			
De Montfort U Leicester	MA in European Cultural Planning	Interdisz.	2	E
Lancaster U	MA in European Institutions and Policy Making	PoWi, ReWi	1	E
	LLM in European and International Legal Studies	ReWi	1	E
	MSc in European Environmental Management	Interdisz.	1	E
Robert Gordon U Aberdeen	MSc European Policy Law and Management	Interdisz.	1	E
U of Aberdeen	LLM in Internationale & European Law	ReWi	1	E
U of Central Lancashire	LLM European Law	ReWi	1	E
U of Surrey	MA in European Politics, Business & Law	Interdisz.	1	E
U of Exeter	MA in European Studies	Interdisz. Geschichte, PoWi, Soziologie	1	E, F, S
	MA in European Languages and Culture	Interdisz.	1	E
	LLM European Law	ReWi	1	E
	MA in European Governance	PoWi	1	E
U of Glasgow	LLM in European Legal Studies	ReWi, PoWi	1	E
	MLitt in European Culture, Thought & Literatur	Literaturwissenschaft, Philosophie	1	E
	Mres in Russian and East European Studies	Interdisz.	1	E
U of Cambridge	MA in Contemporary European studies	Interdisz.	1	E
Anglia Polytechnic U	MA European Language & Intercultural Studies	Interdisz. Sprache und Kultur der EU	1	E
	LLM/MA International & European Business Law	ReWi	1	E
South Bank U London	MA in Public, Policy Studies	Interdisz. PoWi, Verwaltung, ReWi	1	E, F, D
London Metropolitan U	MA in International and European Studies	PoWi	1	E
	MA Modern European Studies	Interdisz.	1	E
University College London	MA in European Thought	Ideengeschichte	1	E
	MA in European Culture	Interdisz.	1	E
	MA In European Society	Interdisz., Sozialwissenschaftl. Schwerpunkt	1	E
	MA in European History	Geschichte	1	E
	MSc In European Public Policy	PoWi	1	E
U of London	MA in Advanced Legislative	ReWi	1	E

	Studies, EU Direction			
	MSc European Policy & Management	PoWi, WiWi	1	E
	MSc European Politics	PoWi	1	E
	MSc European Public Polity	PoWi	1	E
	MA European Cultures	Interdisz.	1	E
London School of European Studies and Political Sciences	MSc European Political Economy*	PoWi, WiWi	1	E
	MSc in European Studies (Research)	PoWi, WiWi	1	E
	MSc in European Social Policy	PoWi	1	E
Brunel U West London	LLM European & International Commercial Law	ReWi	1	E
U of Durhan	MA European Integration	PoWi	1	E
	LLM in European Legal Studies	ReWi	1	E
U of Newcastle Upon Tyne	MA in European Union Studies	ReWi, PoWi	1	E
U of Staffordshire	MA Economics of International Trade and European Integration	WiWi (etwas PoWi)	1	E
U of Dundee	LLM European Energy&Natural Resources Law and Policy	ReWi (PoWi)	1	E
	MSc European Politics	PoWi	1	E
U of Hull	LLM in European Public Law	ReWi	1	E
	MA in European Union Governance	PoWi	1	E
U of Glamorgan	MSc European Societies	Interdisz., Sozialwissenschaftl. Schwerpunkt	1	E
	LLM European Union Law	ReWi	1	E
Coventry U	European Nationalism and Integration	PoWi	1	E
	MSc European Construction	Ingenieurwissenschaften	1	E
U of Keele	MA European Politics and Culture	Interdisz.	1	E
U East Anglia, Norwich	MA in International Relations and European Studies	Politik	1	E
	MA in European Union	SoWi	1	E
U of Nottingham	MA in European Integration	PoWi	1	E
	LLM in European Law	ReWi	1	E
U of Wales Swansea	MA European Politics	PoWi	1	E
	MA in European Literary and Cultural Studies	Interdisz.	1	E

